

Impressum:
Herausgeber: FPÖ Laakirchen
F.d.l.v.: DI (FH) Jens Baumgartner,
4663 Laakirchen, Köhbrunn
Druck: FPÖ Eigendruck,
Verlags- und Herstellungsort:
Blütenstraße 21, 4041 Linz

Zugestellt durch Post.at, Februar 2016

FPÖ



Dialog



LAAKIRCHEN

Mut zu Wahrheit und Reformen



- mehr Mitbestimmung der Bürger
- weniger Bürokratie
- öffentliches Interesse vor Eigennutz

Aus dem Inhalt:

- Rückschau Wahl
- Gemeindefinanzen
- FPÖ-Antrag abgelehnt
- Unsere Mandatäre im Gemeinderat
- Mindestsicherung
- Seniorenring
- Arbeitslosigkeit



Finden Sie uns
auf Facebook.

www.facebook.at/FPÖ-Laakirchen

Liebe Laakirchnerinnen und Laakirchner!

Das Jahr 2015 liegt hinter uns. Eine kurze Rückschau aber wollen wir noch machen.

Das Wahljahr 2015 war von FPÖ-Erfolgen gekennzeichnet. So auch in Laakirchen. Die FPÖ erreichte ihr bisher bestes Ergebnis und stellt nun im Gemeinderat 9 Mandatare, davon 2 Stadträte und den 3. Vizebürgermeister. Das Landtagswahlergebnis lag

noch einige Prozentpunkte höher, die FPÖ ist hier bereits stärkste politische Kraft. Die ÖVP musste ein Minus von 3% hinnehmen und stellt 11 Mandate (vorher 13). Wiederum einen hohen Stimmenverlust von über 7% hatte die SPÖ Laakirchen zur Kenntnis zu nehmen. Das entspricht 14 Gemeinderatssitzen. Die SPÖ verlor bei den letzten beiden Gemeinderatswahlen 25% ihrer Stimmen und 10 Mandate

im Gemeinderat. Wir sind gespannt, ob diese Entwicklung bei unserem politischen Gegenüber auch Auswirkungen zeigt.

Die Bürgermeisterwahl entschied SPÖ-Kandidat Fritz Feichtinger für sich, wozu wir ihm nachträglich gratulieren und viel Erfolg, im Sinne einer guten Entwicklung für unsere Stadtgemeinde, wünschen.



Angelobung des Laakirchner Gemeinderates

Blick nach vorne

Wir wollen uns in der neuen Arbeitsperiode, die sechs Jahre dauert, für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Gemeinde einsetzen, einer Politik der Vernunft den Vorzug geben, der

Erhaltung unserer Heimat und auch weiterhin der Sparsamkeit verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Natürlich haben wir wie immer ein

offenes Ohr für Fragen und Anliegen aller Gemeindebürger. Wir laden auch ein, aktiv mitzuwirken und sich bei Interesse bei einem unserer Funktionäre zu melden.

Unser besonderer Dank

gilt den Bediensteten der Stadtgemeinde am Gemeindeamt, im Alten- und Pflegeheim, am Bauhof, in den Schulen und Kindergärten für die geleistete Arbeit für die Gemeindebürger. Bei den Bediensteten in der Verwaltung bedanken wir uns auch für die Zusammen-

arbeit auf politischer Ebene - uns ist bewusst, dass dies oft nicht leicht ist und Finger-spitzengefühl braucht.

Die FPÖ hat immer eine objektive Personalpolitik und sachorientierte Gemeindepolitik gemacht und wir werden das weiter so halten.

Ausgeglichenes Gemeindebudget für 2016 beschlossen

FPÖ lehnt Gebührenerhöhungen in bestimmten Bereichen ab!

Mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von jeweils knapp 26,5 Millionen Euro wurde der diesjährige Voranschlag beschlossen. Davon entfällt rund ein Drittel auf Personalkosten und 6,4 Millionen müssen über Umlagen und Beiträge an die Bezirks- und Landesverwaltung abgetreten werden. Hier gibt es heuer Steigerungen von bis zu 7% und diese werden in den nächsten Jahren nicht weniger werden. Ganz im Gegenteil. Eine Kompensation ist nur über gemeindeeigene Einnahmen möglich.

Die freiheitliche Fraktion fordert daher die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft wieder neue Betriebsansiedlungen anzukurbeln, Arbeitsplätze in Laakirchen und damit auch die Gemeindeeinnahmen zu sichern.

Eine deutliche Ablehnung gilt jedoch den ständigen Gebühren-

erhöhungen im Bereich Wasser und Kanal. Wie schon in den letzten Jahren hat einzig die FPÖ hier ihre Zustimmung verweigert. Von allen anderen Parteien im Gemeinderat wurde wieder eine Erhöhung um 2 Prozent durchgedrückt. Belastungen zu beschließen, da sind sich Rot-Grün-Schwarz einig. Es wird immer nur von ein „paar“ Euro je Haushalt gesprochen, aber bei den derzeitigen Lebenserhaltungskosten sind gerade diese paar Euro für viele wichtig. Vor allem im Wissen, dass die Gemeinde in diesen Bereichen Überschüsse von mehreren hunderttausend Euro einstreift und im restlichen Haushalt wieder verteilt, sind wir nicht bereit das mitzutragen.

Ein positiver Lichtblick ist die Errichtung einer Solaranlage im Freibad. Diese soll

noch vor der neuen Badesaison fertiggestellt werden und somit die Energiekosten deutlich senken. Bei einem geplanten Abgang von rund 250.000,-- Euro auch dringend notwendig.

Unser neuer Bürgermeister darf mit dem neuen Seniorenheim und der Neuen Mittelschule heuer auch zwei Projekte eröffnen, welche in der Amtszeit seines Vorgängers entstanden sind. Wir sind schon gespannt, wofür die dazu zusätzlich eingeplanten 12.000,-- Euro verwendet werden.



SPÖ mit Gegenantrag zu FPÖ Resolution

„SPÖ: Sollwert von 1,5% Asylwerbern ist in Laakirchen noch nicht erfüllt“

Zur Wiederherstellung der Selbstbestimmung von Ländern und Gemeinden wurde in der letzten Gemeinderatssitzung von der FPÖ-Fraktion ein Resolutionsantrag gegen das von der Bundesregierung beschlossene „Durchgriffsrecht“ eingebracht.

Um Missverständnissen vorweg vorzubeugen, wir bekennen uns deutlich zur Hilfe und Unterstützung wirklich Schutzsuchender. Ein Dank gilt dabei auch den in Laakirchen

ehrenamtlich tätigen Personen, welche in die Betreuung der derzeit rund 70 Flüchtlinge eingebunden sind.

Es geht uns einzig darum, dem derzeitigen Chaos ein Ende zu setzen, wieder menschenwürdige Verhältnisse und Sicherheit in Österreich zu schaffen sowie die Autonomie der Länder und Gemeinden wiederherzustellen.

Und nicht wie von der SPÖ-Fraktion

gefordert einen Sollwert in Laakirchen umzusetzen, welcher weitere rund 80 zusätzliche Asylwerber bedeutet!

Neben dem Fehlen der entsprechenden Infrastruktur könnte dieser MINDEST-Wert von der Bundesregierung auch jederzeit weiter erhöht werden.

Es bekam keiner der beiden Anträge eine Mehrheit. Die ÖVP-Fraktion stimmte gegen beide Resolutionen.

Die Arbeit ist verteilt

Am 29. Oktober 2015 fand die konstituierende Sitzung des Gemeinderates statt. Nachfolgend stellen wir vor, wie sich die Aufgaben der FPÖ-Mandatare verteilen.

DI (FH) Jens Baumgartner

Vizebürgermeister
0664/8118179
jens.baumgartner@gmx.at

Sprechstunde Vizebürgermeister:

Sprechstunde mit Vizebürgermeister Jens Baumgartner.
Jeden 1. Mittwoch im Monat von 17-18.30 Uhr.
Im kleinen Sitzungssaal des neuen Rathauses (1.OG) besteht die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch und Gedankenaustausch.

Darüber hinaus natürlich auch jederzeit nach Terminvereinbarung unter 0664/8118179.



**DI (FH)
Jens Baumgartner**
Vizebürgermeister
0664/8118179
jens.baumgartner@gmx.at
Obmann:
Energie, Umwelt und Natur



Philipp Scherer
Stadtrat
0699/10643595
PhilippScherer@gmx.at
Obmann: Infrastruktur,
Obmann Stv.: Kultur



Herbert Bracher
0664/3676439
h.bracher@gmx.net
Fraktionsobmann
Obmann:
Wohnungsausschuss



Christine Pötscher
0660/6000076
c.poetscher@gmx.at
Obmann Stv: Familien-
Schulen und Kindergärten



Michael Magiera
 0650/6225518
 magiera.michael@gmx.at
Obmann Stv.: Soziales
 und Integration



Markus Hörtenhammer
 0650/4342730
 hoertim@gmx.at
GR: Sport, Wohnen,
 Jugend-, Fam-Schule



Andreas Nöhmer
 0660/5252664
 andreas.noehmer@gmail.com
GR:
 Sport, Kultur



Thomas Pöll
 0699/11461696
 poell8@gmx.at
GR:
 Bau-Planung, Energie,
 Umwelt und Natur,
 Infrastruktur



Ing. Walter Schmidt
 0664/73129305
 w.schmidt60@aon.at
GR: Bau-Planung, Infra-
 struktur

Mut zu Wahrheit und Reformen – FPÖ Laakirchen!
 mehr Mitbestimmung • weniger Bürokratie • öffentl. Interesse vor Eigenmutz



Oberösterreich will Asylwerbern die Mindestsicherung kürzen

Freiheitliche wollen damit Zuwanderung in den Sozialstaat bekämpfen

Oberösterreichs schwarzblaue Landesregierung will die Untätigkeit der Bundesregierung nicht länger hinnehmen und wird in der Asylfrage selbst aktiv.

Auf Initiative der Freiheitliche will das Land Oberösterreich eine Verschärfung der Mindestsicherung für befristete Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte einführen. Diese sollen künftig nur noch 440 statt bisher 914 Euro pro Monat erhalten.

Änderung des Anreizsystems

Wir müssen bei den steigenden Kosten bei der Mindestsicherung gegensteuern, sonst wird das System unleistbar", erklärte dazu FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr. Denn Asylwerber würden sich derzeit nicht das wirtschaftlich attraktivste Land aussuchen, sondern

die Länder mit einem großzügigen Asyl- und Sozialsystem.

Weil die Bundesregierung nichts gegen diese Zuwanderungswelle unternimmt will die schwarzblaue Koalition in Oberösterreich Asylan-ten künftig nur noch 440 Euro pro Monat ausbezahlen. „Das ent-

spricht der Mindestsicherung in der Grundversorgung also während des laufenden Asylverfahrens“ betonte Mahr. Wer sich als arbeits- und integrationsunwillig erweise, dem soll die Mindestsicherung nach einem Jahr um weitere 25 Prozent gekürzt werden.



Die FPÖ-Abgeordneten im OÖ. Landtag

Leistbares Bauen ermöglicht leistbares Wohnen

Die Bautechnik-Verordnung wird entrümpelt. Ein entsprechender Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner wurde bereits in der Landesregierung beschlossen. Ziel ist, die Richtlinien der Bautechnik zu vereinfachen und damit Kosteneinsparungen im Wohnbau zu erzielen.

„Leistbares Bauen und Vorschriften mit Augenmaß und Hausverstand sind wichtig, damit sich die Bürger auch in Zukunft das Bauen überhaupt noch leisten können“, betont Haimbuchner, der zusätzlich zum Wohnbau nunmehr auch für das Baurecht und die Bautechnik zuständig ist. "Wenn überbordende Anforderungen dafür sorgen, dass das Bauen und Sanieren von Gebäuden, egal ob Wohn- oder Ge-

werbegebäude, immer noch und noch teurer werden, verhindert man am Ende auch irgendwann, dass überhaupt manche Projekte noch in Angriff genommen werden", stellt

Haimbuchner fest. „Mit diesem ersten Teil der umfangreichen Änderungen kommt es in der Praxis zu Erleichterungen und Vergünstigungen“, betont Haimbuchner.



Bautechnik-Vorschriften werden entrümpelt und auf Kostenfolgen überprüft

Obmann des Seniorenrings Laakirchen einstimmig wiedergewählt

Bei der Generalhauptversammlung des Seniorenringes Laakirchen wurde Obmann Fritz Gattinger mit 100% der abgegebenen Stimmen als Ortsparteiobmann des Seniorenringes wieder gewählt.

Ebenfalls alle Stimmen konnten die Stellvertreter Monika Schimpl und Franz Schernberger auf sich vereinen. Auch der Wahlvorschlag der weiteren Funktionen wurde einstimmig angenommen. Alle nahmen die Wahl mit Freude an.

Ehregast Vizebürgermeister Dipl. Ing. (FH) Jens Baumgartner gratulierte dem Obmann und bedankte sich für die in den letzten Jahren hervorragend geleistete Arbeit. „Fritz Gattinger ist ein sehr rühriger Obmann der regelmäßige Stammtische und auch Ausflüge veranstaltet“ so Baumgartner.

Er möchte aber natürlich auch die Arbeit der weiteren Funktionäre wie Schriftführer, Kassier, Beirat und Rechnungsprüfer würdigen und sich

bei allen bedanken, die regelmäßig zu den Treffen erscheinen und somit zu dem Erfolg dieser Gruppe beitragen.



Foto v.l.n.r.
Vzbgm. Jens Baumgartner, Monika Schimpl, Fritz Gattinger, Franz Schernberger

Arbeitslosigkeit in Österreich

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist auch im Jänner weiter gestiegen: 490.246 Personen waren ohne Job, ein Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Prozent oder um 17.707 Personen.

Noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik waren so viele Menschen ohne Arbeit. Vor allem bei den ausländischen Beschäftigten und den Über-50-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit wieder überdurchschnittlich stark angestiegen.

Im Jänner waren mit rund 119.000 Ausländern um 10,1 Prozent mehr ohne Arbeit. Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner eine Entwicklung, die dringend abgestellt werden muss: „Die Zahlen zeigen, dass es nötig ist, den heimischen Arbeitsmarkt zu sperren. Erst

wenn die Konjunktur sich wirklich erholt, kann die Freizügigkeit durchaus für entsprechend Qualifizierte wieder zum Tragen kommen.“

Auch eine Ausweisung von beschäftigungslosen Drittstaatsangehörigen sei für Haimbuchner denkbar, denn der enorm hohe Anteil von Arbeitslosen ohne Staatsbürgerschaft zeige, dass offenbar über einen längeren Zeitraum eine Einwanderung in das Sozialsystem stattgefunden habe. „Wir brauchen zudem eine sektorale Schließung des Arbeitsmarktes für Asylwerber,

um den österreichischen Arbeitsmarkt zu schützen“.

Insgesamt stellt Haimbuchner der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis in der Beschäftigungspolitik aus: „Die bisherigen verantwortlichen Minister der SPÖ glänzten durch Untätigkeit und verschärften damit die besorgniserregende Entwicklung am Arbeitsmarkt. Wenn die Bundesregierung weiterhin blockiert, wäre es im Interesse der Österreicher, endlich den Weg für Neuwahlen in diesem Land frei zu machen.“



FLAGGE zeigen

Wahrheit, Freiheit, Heimatliebe!

Ing. Norbert Hofer
Präsidentenskandidat

Ein Kandidat, der zu seiner Überzeugung steht

Er gilt als der „Vorzeigepolitiker“ der Freiheitlichen, der um konstruktive Zusammenarbeit bemüht ist. Norbert Hofer ist auch einer der Baumeister der rot-blauen Koalition im Burgenland und ein konsequenter Freiheitlicher.


„Ich bin in der Sache sehr konsequent und hart, habe aber Respekt vor dem politischen Mitbewerber. Denn da steht immer eine Familie dahinter, Freunde und Eltern, die auch unter den

Angriffen leiden“, erklärt Hofer. Wegen der Direktwahl des Bundespräsidenten werde er besonders darauf achten, dass die direkte Demokratie in Österreich weiter ausgebaut wird. „Das ist


mir ganz besonders wichtig“, betont Hofer. „Im Gegensatz zu den anderen Kandidaten, stehe ich dazu: Ich bin ein freiheitlicher Kandidat und vertrete FPÖ-Positionen.“

„Wir haben die Chance, den Proporz aufzubrechen!“

Noch im Dezember meinte Norbert Hofer, er sei zu jung für dieses Amt, noch lange nicht 50. Aber gerade der Zuspruch vieler Senioren und die Überzeugungsarbeit von HC Strache, Herbert Kickl und Ursula Stenzel bewegten ihn dazu, ins Rennen zu gehen.

 **Hauptthema unter den Bundespräsidentenskandidaten ist auch ein „Fairness-Abkommen“.**

Hofer: Und was ist danach? Ich schließe mein persönliches Fairness-Abkommen mit den Bürgern, deren Interessen als Souverän ich danach im Amt zu vertreten habe. In der politischen Diskussion bin ich hart, aber persönliche An- und Untergriffe lehne ich ab.

 **Wie stehen Sie zu dem Thema, das die Österreicher derzeit am meisten bewegt: die Massenzuwanderung?**

Hofer: Österreich ist mit der Quantität des Asylwerberzustroms überfordert. Allein bei der Mindestsicherung gibt es heuer dafür einen Mehrausgabenbedarf von 800 Millionen Euro. Wenn ich dann daran denke, dass eine seit Jahren über-

fällige Inflationsanpassung beim Pflegegeld stets an den Finanzen gescheitert ist...

 **Wie beurteilen Sie Ihre Chancen bei der Wahl?**

Hofer: Unsere Chancen, den rot-schwarzen Proporz in der Hofburg aufzubrechen, sind so hoch wie niemals zuvor. Wenn ich in die Stichwahl komme, dann ist auch ein erstmaliger Einzug eines FPÖ-Kandidaten in die Hofburg möglich.



Manfred Haimbuchner ist überzeugt: „Norbert Hofer ist ein Schutzherr für die Österreicher!“